

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Mumia Abu-Jamal

Übersetzung: Jürgen Heiser

26.10.2020

## Faschismus in den USA

Diese vor ihrer Veröffentlichung leicht bearbeiteten Ausführungen Mumia Abu-Jamals entstammen dem Programm »Conversations with Trudy« vom 14. Oktober 2020, einem Interviewblog, der von der Autorin -Trudy Knockless moderiert wird.

Ich bin gefragt worden, warum ich die von Donald Trump geführte US-Regierung »faschistisch« genannt habe. Viele Historiker würden der Aussage, dass es in den USA jemals Faschismus geben könnte, widersprechen. Als ich vor einigen Jahren in der Haft ein Fernstudium der Geschichte absolvierte, hätte ich eine solche Bewertung wahrscheinlich selbst abgelehnt.

Als junger Mensch war ich Mitglied der Black Panther Party, und ich erinnere mich noch gut, dass wir damals die Regierung von US-Präsident Richard Nixon, Justizminister John Mitchell und Vizepräsident Spiro Agnew als »faschistisch« bezeichneten, weil sie Krieg gegen das schwarze Amerika und die schwarzen Freiheitsbewegungen führten. Ich sehe es heute so, dass wir diese Begrifflichkeit damals brauchten, um zu fassen, was wir als potentielle Bedrohung auf uns zukommen sahen, und nicht das, was für uns als konkrete Bedrohung bereits Realität war.

Diese Einschätzung änderte sich, als ein Freund – mein Vertrauensarzt in der Haft – mit mir über die Zeit nach der Periode der »Reconstruction« in den USA sprach. Wer die US-Geschichte kennt, der weiß, dass damit die etwa zwölfjährige Phase nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs (1861–1865) gemeint ist, in der die aus dem Verbund der Vereinigten Staaten ausgetretenen Sklavenhalterstaaten des Südens wieder in die Union eingegliedert wurden. In dieser Zeit wurde die US-Verfassung um die sogenannten Rekonstruktionszusatzartikel erweitert. Dazu gehörte der 13. Zusatzartikel, der das grundsätzliche Verbot der Sklaverei auf dem gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten umfasste. Der 14. Artikel, der den »Freedmen«, den in die Freiheit entlassenen Sklaven, das Recht zusprach, Staatsbürger der USA zu sein, und schließlich der 15. Artikel, der ihnen das uneingeschränkte Wahlrecht gewährte. Diese Phase des Wiederaufbaus nach dem Bürgerkrieg währte in weiten Teilen der US-Südstaaten nur zehn, vielleicht fünfzehn Jahre.

Diese Entwicklung wurde durch den Terrorkrieg beendet, den der Ku-Klux-Klan, das White Citizens Council und weitere Rassistenorganisationen, die eng mit dem Staat verbunden waren, gegen die Freiheitsbewegung der afroamerikanischen Bevölkerung führten. Dies war

ein offen faschistischer Krieg, vor dem die US-Regierung jedoch die Augen verschloss, weil sie auf derselben Seite stand wie die Rassisten.

Schwarze wandten sich wegen der Missachtung ihrer Rechte mit schriftlichen Eingaben an Washington, doch von dort erhielten sie nie eine Antwort. Statt dessen wurden sie aus dem Kapitol, dem Sitz des US-Kongresses, hinausgeworfen und schließlich systematisch von Wahlen ausgeschlossen. Wenn sie sich als Wähler registrieren lassen wollten, liefen sie ständig Gefahr, verprügelt, ausgeraubt, verbrannt oder anderweitig terrorisiert oder ermordet zu werden. Wir können also davon sprechen, dass am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten Faschismus herrschte.

Der afroamerikanische Soziologe und Journalist W. E. B. DuBois beschrieb eindrücklich den »Red -Summer« des Jahres 1919. Nach dem Ersten Weltkrieg markierte der »Rote Sommer« einen Anstieg rassistischer Gewalt gegen Schwarze in den gesamten USA, weil afroamerikanische Kriegsveteranen, die aus Europa zurückkehrten, auf ihre Rechte pochten. In Europa waren sie von Weißen oft viel besser behandelt worden als im eigenen Land, für das sie tapfer gekämpft hatten. Die rassistischen Ausschreitungen wurden von Weißen gegen schwarze Gemeinden unter anderem in Cincinnati, in Philadelphia und in Louisville entfesselt. Das war Faschismus. Wir sind es gewohnt, über Faschismus im Zusammenhang mit Mussolini in Italien oder Hitler in Deutschland nachzudenken, jedoch nicht, wenn er uns mit US-amerikanischem Antlitz oder Akzent entgegentritt. Und das ist unser Problem, weil wir zu unserem eigenen Nachteil nicht aus der Geschichte gelernt haben.

Dass die US-Verfassung den Schwarzen nach dem Ende des Bürgerkriegs 1865 das Wahlrecht gewährte, es dann aber noch hundert Jahre dauerte, bis eine Bürgerrechtsbewegung diese Grundrechte durchsetzte und die Rücknahme von Gesetzen forderte, die die Freiheit der Schwarzen weiter einschränkten, sollte uns zu denken geben. Wir müssen uns also mit dem Begriff des Faschismus auseinandersetzen und dann genauer auf die Ära schauen, in der wir jetzt leben.

### **Nigeria: Proteste gegen Polizeigewalt niedergeschossen**

Von Christian Selz, Kapstadt

Seit Wochen gehen in etlichen Städten Nigerias Demonstranten auf die Straße, um gegen Polizeigewalt zu protestieren. Die Regierung schickte die Armee, die in der Millionenmetropole Lagos am Dienstag mit scharfer Munition in die Menge feuerte. Der Forderung der Menschen, der Präsident müsse zum Volk sprechen, kam Staatschef Muhammadu Buhari am Donnerstag abend zumindest pro forma nach. Doch in seiner live im Fernsehen übertragenen Rede erwähnte er das Massaker nicht einmal. Statt dessen drohte er den Demonstranten: Sie sollten »die nationale Sicherheit« nicht »gefährden«, dies werde »unter keinen Umständen toleriert«.

69 Menschen, diese Information reichte Buhari per Mitteilung am Freitag abend nach, sind während der Proteste bisher nach offiziellen Angaben ums Leben gekommen. Doch während der Präsident für die getöteten elf Polizisten und sieben Soldaten eindeutig die Demonstranten verantwortlich machte, ließ er die Schuldfrage im Fall der 51 toten Zivilisten offen. Das Militär bestreitet sogar, für die tödlichen Schüsse vom Dienstag verantwortlich zu sein.

Statt dessen versuchen Regierungsverantwortliche, die Demonstranten als gewalttätige Chaoten darzustellen. Bereits in der vorvergangenen Woche hatten informelle Milizen einem Bericht der Tageszeitung Punch zufolge unter den Augen untätiger Polizeikräfte ein Protestcamp in der Hauptstadt Abuja attackiert. Auf das so geschaffene Chaos reagierte Informationsminister Lai Mohammed im Staatsfernsehen mit der Feststellung, das Land habe

es nicht mehr mit den ursprünglichen Protesten zu tun, sondern mit »einer brisanten Situation, die zu Anarchie führen kann, wenn die Regierung dagegen keine sehr entschiedenen Maßnahmen einleitet«.

Auslöser der Protestwelle war ein brutaler Überfall, den Angehörige der Polizeieinheit FSARS (»Federal Special Anti-Robbery Squad«) Anfang Oktober in der Stadt Ughelli im westlichen Nigerdelta verübt hatten. Ein junger Mann wurde dabei niedergeschossen, die Beamten rasten anschließend mit seinem Auto davon. Ein Video der Attacke verbreitete sich rasant in den sogenannten sozialen Medien.

Dem Namen nach soll die FSARS Raubüberfälle verhindern. Berüchtigt ist die Einheit jedoch seit Jahren für gewaltsame Übergriffe auf Zivilisten, die nicht selten tödlich enden. Am 11. Oktober legte die lokale Menschenrechtsorganisation »Nigeria Mourns« (Nigeria trauert) einen Bericht vor, nach dem in den ersten neun Monaten dieses Jahres 122 Menschen in Nigeria durch Einsatzkräfte getötet wurden, die meisten von FSARS-Beamten. Zwar löste die Regierung die Einheit bereits am 4. Oktober auf. Doch die Demonstranten sehen darin lediglich ein Täuschungsmanöver, zumal zeitgleich eine Nachfolgeeinheit unter anderem Namen gegründet wurde. Die Skepsis basiert auf Erfahrung: Ganze vier Male war die ursprünglich nur SARS genannte Polizeitruppe seit 2017 offiziell aufgelöst worden, doch in der Praxis änderte dies wenig.

Die Regierung baut offenbar darauf, die Proteste in Chaos und Gewalt versinken zu lassen, um sie zu diskreditieren und niederzuschlagen. Internationale Kritik, vor allem von UN-Generalsekretär António Guterres und der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, aber auch von Vertretern der EU und der USA, wird beiseitegeschoben. Staatschef Buhari weiß, dass ihm außenpolitisch wenig Unheil droht, weil er als Verbündeter im Kampf gegen die Terrormiliz Boko Haram unverzichtbar ist. Schon dabei beging sein Militär schwere Menschenrechtsverbrechen – weitgehend ohne Konsequenzen. Hochgerüstet wird Nigeria noch immer von den USA, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) begleitete von 2016 bis 2018 im Auftrag des Auswärtigen Amtes die vorgebliche Reformierung der nigerianischen Polizeikräfte.